

Anwesend:

Ratsvorsitzender Norbert Schmidt

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

1. Bürgermeister Fritz Langen

Mitglied SPD-Fraktion

Beigeordneter Wilfrid Adam

Ratsmitglied Ursula Aljets

Ratsmitglied Holger Barkowsky

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Hans Gabriels

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Hans Hartmann

Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke

Ratsmitglied Kurt Lorentz

Beigeordneter Siegfried Neumann

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsmitglied Margit Stoermer

Ratsmitglied Hermann Stolle

Ratsmitglied Angelika Thwin

Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester

Ratsmitglied August Desenz

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsmitglied Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Stephan Hellwig

Ratsmitglied Marita Hirsch

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Philipp Panzer

Ratsmitglied Bernhard Rech

Beigeordneter Prof. Günter Reuter

Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister

Ratsmitglied Horst Radmer

Ratsmitglied Hartmuth Sager

Ratsmitglied Dr. Michael Schadewaldt

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Astrid Mohr

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender

Ratsmitglied Gerold Tholen

Mitglied der LAW

Ratsmitglied Johann Janssen

Mitglied der NPD

Ratsmitglied Peter Müller

Dezernent

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek

Stadtrat Dr. Jens Graul

Stadtkämmerer Heiko Hoff

von der Verwaltung

Gleichstellungsbeauftragte Ellen Wolbergs

Prokurist Gernot Beutner - WFG

Fachbereichsleiter FB 10 - Peter Gniech

Fachbereichsleiter FB 20 - Jörg Valnion

Fachbereichsleiterin FB 30 - Marion Fiedelak

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Brigitte Klee

Ratsmitglied Joachim Tjaden

A. Öffentlicher Teil ab Seite 2

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 12

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 5 Ehrung für langjährige Ratsmitgliedschaft
- 6.1 Resolution auf Antrag der SPD-Fraktion an die Niedersächsische Landesregierung zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Dienstleistungen im öffentlichen Gesundheitsdienst (NGöGD)
- 6.2 Berufung von Elternvertretern in den Schulausschuss
 - 7.1.1 Weser Ems - Regionale Innovationsstrategie e.V. (RIS); Fortsetzung der Mitgliedschaft nach 2007
 - 7.1.2 Richtlinien zur Förderung des Wohnungsbaus für Familien mit Kindern in der Stadt Wilhelmshaven
 - 7.2.1 Straßenbenennungen
 - 7.2.2 Sanierung westliche Südstadt - Verlängerung des Treuhändervertrages bis zum 31.12.08 sowie Verlängerung des Mietvertrages für das Stadtteibüro
 - 7.2.3 Sanierung westliche Südstadt - Fortsetzung eines Sanierungsbeauftragten für 2008
 - 7.2.4 Nahverkehrsplan 2008
 - 7.2.5 Bebauungsplan Nr. 31 (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplan 014 (VEP 014) - PARKGARTEN, Entwurfsbeschluss
- 7.3.1 Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes für den Rettungsdienstbereich der Stadt Wilhelmshaven
- 7.4.1 Kulturpolitische Leitlinien
- 7.5.1 Umsetzung des Grundsatzbeschlusses des Rates zum Schulentwicklungsplan Grundschulen 2007 - 2013
- 7.6.1 Änderung der Betriebssatzung GGS
- 7.7.1 Jahresabschluss 2006 des RNK-Eigenbetriebes, Entlastung der Werkleitung, Verwendung des Betriebsergebnisses

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Schmidt informierte, dass Herr Müller mit dem heutigen Datum aus der NPD ausgetreten und nun Mitglied der DP sei.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schmidt erklärte, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung der Tagesordnungspunkt **9.3.4 gestrichen** werden könne, da es sich dabei um eine Beschlussvorlage handele, die durch den Verwaltungsausschuss zu beschließen sei.

Beschluss: (einstimmig)

Die Tagesordnung wird in der soeben vorgetragenen Form festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 21.11.2007

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 21.11.2007 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

5 Ehrung für langjährige Ratsmitgliedschaft

Oberbürgermeister Menzel überreichte Herrn Neumann aus Anlass seiner 25-jährigen Ratsmitgliedschaft die Ehrenurkunde des Niedersächsischen Städtetages sowie ein Blumenpräsent und würdigte im Rahmen einer Ansprache dessen Engagement.

Im Anschluss daran nahm Herr Schmidt in seiner Eigenschaft als Ratsvorsitzender nach einer kurzen persönlichen Ansprache die Verleihung des goldenen Stadtehrenringes des Rates der Stadt Wilhelmshaven vor.

Herr Neumann dankte für die Ehrungen und die bisherige gute Zusammenarbeit.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat

6.1 Resolution auf Antrag der SPD-Fraktion an die Niedersächsische Landesregierung zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Dienstleistungen im öffentlichen Gesundheitsdienst (NGöGD)

Frau Aljets brachte folgende Resolution für die SPD-Fraktion ein:

In den letzten Monaten ist die Öffentlichkeit zunehmend entsetzt über Fälle von Kindesmisshandlung und Unterernährung.

Der Rat der Stadt WHV fordert die Landesregierung deshalb dringend auf, im NGöGD (§ 5 – Kinder- und Jugendgesundheit) eine obligatorische jährliche Pflichtuntersuchung von Kindern im Kleinkindalter vorzusehen.

Begründung: Die von den Krankenkassen im Rahmen der Gesundheitsvorsorge bezahlten Untersuchungen sind freiwillig und können nicht erzwungen werden, bei Nichtwahrnehmung der Pflichtuntersuchung muß eine Meldung des Gesundheitsamtes an das Jugendamt erfolgen.

Herr Dr. von Teichman erinnerte an die Ausführungen von Herrn Stoffers im Verwaltungsausschuss hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit einer solchen Regelung.

Darüber hinaus halte er es trotz der aktuellen Berichterstattung für nicht erforderlich, derartige Schritte zu unternehmen. Die in den Medien aufgeworfenen Fälle stellten glücklicherweise nicht die Regel dar und daher könne nicht die Mehrheit der Eltern für die Verfehlungen einiger weniger mit verantwortlich gemacht werden. Wichtiger sei es, die Fähigkeit zur Kindererziehung bei den Eltern zu stärken, anstatt weitere Bürokratie aufzubauen.

Frau Aljets hielt dem entgegen, das Kindeswohl müsse hier an erster Stelle stehen.

Um eine lückenlose gesundheitliche Versorgung der Kinder zu gewährleisten, halte sie eine Pflichtuntersuchung für wichtig und sinnvoll. Weiterhin wolle sie diese Resolution als Anstoß für den Landtag sehen, sich eingehend mit Lösungsansätzen zu beschäftigen.

Herr Panzer machte darauf aufmerksam, dass für die Klärung dieser Fragen vielmehr Land und Bund zuständig seien und eben dort auch derzeit thematisiert würden. Eine Aufforderung an die Landesregierung in dieser Form zum jetzigen Zeitpunkt halte er daher für verfrüht. Er bitte den Antrag zurückzuziehen, um zunächst die weitere Entwicklung abzuwarten.

Herr Ender brachte die Zustimmung seiner Fraktion zum Ausdruck. Er halte es für wichtig, dass viele Kommunen auf diesem Weg an die Landesregierung heranträten, um die Dringlichkeit des Themas zu verdeutlichen. In der vorliegenden Resolution wünsche er jedoch eine Heraufsetzung der Altergrenze für Pflichtuntersuchungen auf etwa 12 bis 14 Jahre.

Herr Janssen warf ein, eine Resolution reiche nicht aus, um das Problem vernachlässigter Kinder zu beheben.

Herr Prof. Reuter erklärte, die CDU-Fraktion lehne diese Resolution ab, weil es zu diesem Thema bereits einen Entschließungsantrag im Landtag gebe und damit kurz vor einer entsprechenden Verfassungsänderung stehe. Eine solche Resolution erübrige sich daher.

Die Resolution wurde in der anschließenden Abstimmung bei 20 Ja-Stimmen (SPD-Fraktion, Gruppe BASU/Tholen, Oberbürgermeister Menzel), 22 Nein-Stimmen (CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, DP) und 1 Enthaltung (Herr Janssen) **mehrheitlich abgelehnt**.

6.2 Berufung von Elternvertretern in den Schulausschuss (Vorl.-Nr. 250/2007)

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 10.12.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Auf Vorschlag des Stadtelternrates werden als **stellvertretende ElternvertreterInnen** in den Schulausschuss berufen:

Allgemeinbildende Schulen:

Vertreter	Herr Frank Hansmann, Vasco-da-Gama-Weg 8a, 26389 Wilhelmshaven
-----------	--

Berufsbildende Schulen:

Vertreterin	Frau Gaby Wendel-Rothe Magellanstr. 14, 26389 Wilhelmshaven.
-------------	--

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus

7.1.1 Weser Ems - Regionale Innovationsstrategie e.V. (RIS); Fortsetzung der Mitgliedschaft nach 2007 (Vorl.-Nr. 253/2007)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 17.12.2007 vor.

Nachdem Herr Schmidt in seiner Stellungnahme die Bedeutung der „Weser-Ems Regionale Innovationsstrategie e.V.“ dargestellt hatte, wurde zwischen Herrn Prof. Reuter, Herrn Dr. von Teichman, Oberbürgermeister Menzel und Frau Bauermeister kurz der Nutzen der Mitgliedschaft diskutiert.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Stadt Wilhelmshaven setzt ihre Mitgliedschaft im Verein *Weser-Ems - Regionale Innovationsstrategie e.V. (RIS)* nach 2007 fort und stellt die hierfür benötigten Mitgliedsbeiträge zur Verfügung.

Die Mitgliedschaft ist zunächst auf drei weitere Jahre (2008 - 2010) befristet.

Sie steht zudem weiterhin unter der Voraussetzung, dass die regionale Wirtschaft sich mindestens im selben Umfang wie die Gebietskörperschaften bei RIS einbringt.

7.1.2 Richtlinien zur Förderung des Wohnungsbaus für Familien mit Kindern in der Stadt Wilhelmshaven (Vorl.-Nr. 255/2007)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 17.12.2007 vor und wies dabei auf die dort vorgenommenen **Änderungen** hin:

1) Der Beschlussvorschlag wird um einen Punkt 2 ergänzt:

Eine Zwischenbilanz über die Inanspruchnahme der Fördermittel erfolgt im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2009.

2) § 6 der Richtlinie wird neu gefasst:

Eine Förderung nach Abschluss des Grundstückskaufvertrages erfolgt nicht.

3) § 8 der Richtlinie wird neu gefasst:

Die Richtlinien treten mit Wirkung vom 01.01.2008 in Kraft.

Herr Weerda begrüßte die nunmehr eingeräumte Förderungsmöglichkeit für Familien mit Kindern.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat beschließt die Richtlinien zur Förderung des Wohnungsbaus für Familien mit Kindern in der Stadt Wilhelmshaven.

Auf Wunsch des FWM erfolgen folgende Änderungen in der Richtlinie:

„§6 Eine Förderung nach Abschluss des Grundstückskaufvertrages erfolgt nicht.“

„§8 Die Richtlinien treten mit Wirkung vom 01.01.2008 in Kraft.“

2. Eine Zwischenbilanz über die Inanspruchnahme der Fördermittel erfolgt im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2009.

7.2 Ausschuss für Planen und Bauen

7.2.1 Straßenbenennungen (Vorl.-Nr. 221/2007)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 27.11.2007 vor.

Herr Schmidt informierte, seitens der Verwaltung werde in Anlehnung an den üblichen Sprachgebrauch eine **Änderung der Benennung der Planstraße B** von „Priggenweg“ in „**Prickenweg**“ vorgeschlagen.

Frau Aljets signalisierte, sie werde dem Vorschlag nicht zustimmen, da sie die niederdeutsche Bezeichnung „Priggenweg“ vorziehe.

Der Vorschlag, die Bezeichnung in „Prickenweg“ umzubenennen, wurde in der anschließenden Abstimmung mehrheitlich angenommen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Die im Bebauungsplan 168 (Fedderwardergroden Ost – Voslapp West) vorgesehenen Planstraßen erhalten folgende Bezeichnungen:

Planstraße A = Gezeitenweg

Planstraße B = Prickenweg.

7.2.2 Sanierung westliche Südstadt - Verlängerung des Treuhändervertrages bis zum 31.12.08 sowie Verlängerung des Mietvertrages für das Stadtteilbüro (Vorl.-Nr. 222/2007)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 27.11.2007 vor.

Herr Schmidt lobte im Rahmen einer kurzen Stellungnahme die Arbeit des Sanierungsträgers Wohnungsbaugesellschaft Jade. Im weiteren Verlauf ging er auf die Auslastung des Stadtteilhauses ein, das als Anlaufstelle mittlerweile gut frequentiert sei. Abschließend stellte er die Arbeit der EWS als Sanierungsbeauftragte vor.

Herr Dr. von Teichman vermisste auch hier Informationen über das im Rahmen der Sanierung westliche Südstadt ausgegebene Geld, zumal es sich dabei um nicht unerhebliche Summen handele.

Herr Ender verlieh seiner Skepsis gegenüber der vorgelegten Übersicht über die Auslastung des Stadtteilbüros Ausdruck. Seiner Meinung nach spiegele dies nicht die tatsächliche Situation wider. Aus diesem Grunde werde sich die BASU-Fraktion enthalten.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Verlängerung des Sanierungstreuhändervertrages bis zum 31.12.08 für Durchführungsmaßnahmen im Sanierungsgebiet wird zugestimmt.
2. Der Verlängerung des Mietvertrages für das Stadtteilbüro bis zum 31.12.08 wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt entsprechende Verträge abzuschließen.

7.2.3 Sanierung westliche Südstadt - Fortsetzung eines Sanierungsbeauftragten für 2008 (Vorl.-Nr. 223/2007)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 27.11.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der erneuten Vergabe der Aufgaben eines Sanierungsbeauftragten an die Entwicklungsgesellschaft Wilhelmshaven Südstadt vom 01.01.08 bis 31.12.08 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt entsprechende Verträge abzuschließen.

7.2.4 Nahverkehrsplan 2008 (Vorl.-Nr. 230/2007)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 11.12.2007 mit folgender dort beschlossener Änderung vor:

- „1. Der Nahverkehrsplan 2008 der Stadt Wilhelmshaven wird in der vorliegenden Fassung beschlossen (*als Bestandsplan für 2007*).
2. Die Stadt Wilhelmshaven als Aufgabenträger des straßengebundenen ÖPNV betraut die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH weiterhin mit der Durchführung des Stadtverkehrs in Wilhelmshaven.
Zum 31.12.2008 wird ein Nahverkehrsplan 2009 – 2013 zur Abstimmung im Rat vorgelegt, der den Vorgaben des NNVG entspricht. Die Bürger der Stadt Wilhelmshaven sind wie die Träger öffentlicher Belange bei der Aufstellung des Nahverkehrsplanes 2009 – 2013 zu beteiligen.“

Frau Bauermeister **beantragte die getrennte Abstimmung** der beiden Punkte der Beschlussvorlage.

Die FDP-Fraktion stimme dem ersten Punkt inklusive der Änderung ausdrücklich zu, da es sich bei dem vorgelegten Nahverkehrsplan nach den Vorgaben des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes weniger um einen Plan, als vielmehr um eine reine Bestandsaufnahme handele.

Die Änderungen zu Punkt 2 könne ihre Fraktion jedoch nicht unterstützen. Besonders kritisch sehe man dabei die uneingeschränkte Unterstützung der Anträge der Verkehrsgesellschaft auf Erteilung ihrer Liniengenehmigung über den 01.07.2009 hinaus durch die Stadt. Dabei würden in keiner Weise Kostenvergleiche zu Mitbewerbern gezogen, was jedoch einer Blanko-Genehmigung gleichkomme.

Herr Adam hielt dem entgegen, dass es andererseits aber auch nicht zu einer Privatisierung des ÖPNV in der Stadt kommen dürfe. In einer ausführlichen Stellungnahme lobte Herr Adam die Ausgestaltung des Nahverkehrs in der Stadt und der Region und würdigte das Engagement der Mitarbeiter der Verkehrsgesellschaft.

Die SPD-Fraktion werde daher der Beschlussvorlage inklusive der Änderungen des Ausschusses für Planen und Bauen zustimmen.

Frau Bauermeister stellte richtig, dass eine Privatisierung gar nicht gefordert sei. Vielmehr werde auf ausreichend Gestaltungsspielraum Wert gelegt, was durch ein möglichst offenes Ergebnis erreicht werden solle.

Auf den Hinweis seitens Herrn Radmer, künftig auch die Mitnahme von Fahrrädern kostengünstiger zu gestalten, wies Herr Weerda darauf hin, derartige Details seien besser im Aufsichtsrat zu thematisieren.

In der folgenden Abstimmung wurde der **Antrag von Frau Bauermeister auf getrennte Abstimmung der Punkte des Beschlussvorschlages mehrheitlich abgelehnt.**

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

1. Der Nahverkehrsplan 2008 der Stadt Wilhelmshaven wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.
2. Die Stadt Wilhelmshaven als Aufgabenträger des straßengebundenen ÖPNV betraut die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH weiterhin mit der Durchführung des Stadtverkehrs in Wilhelmshaven.

7.2.5 Bebauungsplan Nr. 31 (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplan 014 (VEP 014) - PARKGARTEN, Entwurfsbeschluss (Vorl.-Nr. 240/2007)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 11.12.2007 vor.

Herr Schmidt begrüßte die Entscheidung zum Abriss des alten Hallenbades, an dessen Stelle nun ein viel versprechendes Neubauvorhaben mitten in der Stadt entstehe. Im weiteren Verlauf seiner Stellungnahme ging Herr Schmidt auf weitere Einzelheiten der Planungen ein und verdeutlichte deren positiven Aspekte.

Herr Harms pflichtete dem bei und signalisierte auch die Zustimmung von CDU und FDP.

Herr Prof. Reuter lobte besonders den Bau der Tiefgaragen im Rahmen dieses Vorhabens. Damit würde der öffentliche Raum von Pkw entlastet und statt dessen den Grünflächen mehr Vorzug gegeben.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes

**Bebauungsplans Nr. 31 (vorhabenbezogen)/
Vorhaben- und Erschließungsplans 014 (VEP 014)
- PARKGARTEN -**

zu und beschließt, ihn einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

7.3 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz

7.3.1 Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes für den Rettungsdienstbereich der Stadt Wilhelmshaven (Vorl.-Nr. 248/2007)

Herr Biehl trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 05.12.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes für den Rettungsdienstbereich der Stadt Wilhelmshaven ab dem 01.01.2008.

7.4 Kulturausschuss

7.4.1 Kulturpolitische Leitlinien (Vorl.-Nr. 244/2007)

Herr Biehl trug den Beschlussvorschlag des Kulturausschusses vom 03.12.2007 vor.

Frau Stoermer wie auch Herr Biehl dankten zunächst allen Beteiligten für die geleistete Vorarbeit. Gleichzeitig betonten sie, dass diese Leitlinien nicht als abgeschlossen angesehen werden dürften, sondern einer permanenten Fortführung und Ergänzung bedürften.

Herr Biehl ergänzte, dies beinhalte auch, neue Anregungen, die über die derzeitige klassische kulturelle Grundversorgung hinausgingen, aufzunehmen und zu fördern. Hier appelliere er, Neuerungen offen gegenüber zu stehen.

Frau Biester schloss sich diesen Aussagen ebenfalls an. Im weiteren Verlauf ging sie auf das Zusammenspiel von Wirtschaft und Kultur ein: Möglichen Neubürgern müsse neben einem sicheren Arbeitsplatz durch die geplanten Großprojekte auch eine ausgewogene Kulturlandschaft geboten werden. Das breite Spektrum des kulturellen Angebotes in der Stadt müsse daher entsprechend bekannt gemacht werden, was wiederum durch die heute vorgelegten Leitlinien geschehe.

Frau Aliets fand gleichfalls dankende Worte für die ausgiebige Vorarbeit der Verwaltung und nicht zuletzt für die Beachtung der Kirchen mit ihren Beiträgen zum kulturellen Leben in der Stadt. Darüber hinaus zeige dieses Papier, dass „Kultur“ nicht nur von der Stadt ansich gebildet werde, sondern auch durch das Zusammenspiel von vielen kleinen und großen Institutionen und den Bürgern gemeinsam zustande komme.

Herr Hartmann fügte hinzu, dass durch den vorgelegten Leitfaden sehr gut das umfangreiche kulturelle Angebot der Stadt verdeutlicht werde. Er wolle außerdem dafür plädieren, auch den Sport als Teil der Kultur in der Stadt in die Leitlinien mit aufzunehmen.

Herr Janssen erklärte, seines Erachtens stellten die Kulturpolitischen Leitlinien eher eine Beschreibung als eine Leitlinie dar. Darüber hinaus vermisse er die Einbindung von Arbeitslosen und Migranten in das kulturelle Leben der Stadt.

Herr Dr. von Teichman hielt dem entgegen, die Leitlinien seien absichtlich auf die Punkte konzentriert worden, die unter Federführung der Stadt stünden. Doch auch mit dieser Beschränkung zeige sich das vielfältige kulturelle Angebot in Wilhelmshaven. Es freue ihn, dieses umfangreiche Werk nun erfolgreich abgeschlossen haben zu können und damit trotz der angespannten Haushaltslage alle kulturellen Einrichtungen gefestigt zu wissen. Um diese Einrichtungen zu erhalten und auszubauen, sei aber auch die laufende Fortführung dieser Leitlinien unerlässlich.

Zwischen Oberbürgermeister Menzel und Frau Biester wurde abschließend nochmals kurz die Personalsituation einiger Kultureinrichtungen diskutiert.

Herr Neumann merkte zur Aussage von Herrn Dr. von Teichman an, keine der in den Leitlinien aufgeführten Einrichtungen habe jedoch aufgrund der Haushaltssituation vor einer Schließung gestanden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die „Kulturpolitischen Leitlinien“ in der vorliegenden Fassung als Orientierungsrahmen für die kommunale Kulturpolitik.

7.5 Schulausschuss

7.5.1 Umsetzung des Grundsatzbeschlusses des Rates zum Schulentwicklungsplan Grundschulen 2007 - 2013 (Vorl.-Nr. 170/2007)

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 06.12.2007 vor.

Frau Will erklärte, der vorliegende Beschlussvorschlag stelle den Abschluss eines langwierigen Prozesses dar, der aus dem demographischen Wandel resultiere. Obwohl die Entscheidung zu den diversen Schulschließungen schwierig war, lobe sie dennoch die Bereitschaft auch von Seiten des Rates, auf diese Weise darauf zu reagieren.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt nachfolgende Einzelbeschlüsse:

1. Zum Schuljahr 2008/09 wird die GS Allerstraße aufgehoben.
2. Zum Schuljahr 2008/09 wird die GS Oldeoogeschool aufgehoben.
3. Zum Schuljahr 2008/09 wird die GS Kathrinienfeld aufgehoben.
4. Zum Schuljahr 2008/09 wird im Gebäude Rheinstraße 73 (ehemals Helene-Lange-Schule) die „Grundschule Rheinstraße“ eingerichtet.

7.6 Werksausschuss Grundstücke und Gebäude

7.6.1 Änderung der Betriebssatzung GGS (Vorl.-Nr. 241/2007)

Herr Kempcke trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Grundstücke und Gebäude vom 06.12.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Betriebssatzung des Eigenbetriebes GGS wird wie folgt geändert:

§ 1 (3) Das Stammkapital des Eigenbetriebes beträgt 10 Mio. €

7.7 Werksausschuss Krankenhaus

7.7.1 Jahresabschluss 2006 des RNK-Eigenbetriebes, Entlastung der Werkleitung, Verwendung des Betriebsergebnisses (Vorl.-Nr. 232/2007)

Frau Aljets trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Krankenhaus vom 29.11.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Jahresabschluss 2006 wird mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von **727.554,03 Euro** festgestellt.
2. Es wird beschlossen, den sich hieraus ergebenden Bilanzverlust 2006 in Höhe von **1.667.073,29 Euro** auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Der Werkleitung wird Entlastung erteilt.

B. Einwohnerfragestunde

*Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)*

Es lagen keine Fragen vor.

*Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)*

Fragen zur Tagesordnung wurden nicht vorgebracht.

Die Einwohnerfragestunde wurde geschlossen.

Herr Schmidt dankte abschließend der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und wünschte allen Anwesenden ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2008.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 18:05 Uhr

Schmidt
Ratsvorsitzender

Menzel
Oberbürgermeister

Rogel
Protokollführerin